

In Kooperation mit der
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Besuchsreise und Fachgespräch in Brüssel 17. bis 19. Januar 2005

Protokoll

Montag 17. Januar 2005

16 – 18 Uhr: Besuch im Quaker House Gespräch mit Martina Weitsch, Quaker Council for European Affairs (QCEA)

Uwe Trittman (Moderation) begrüßt die angereisten Mitglieder der Besuchergruppe und dankt Martina Weitsch für die Gastfreundschaft der Quäker.

1. Tilman Evers gibt zur Vorbereitung auf die Gespräche am 18. und 19. Januar eine **Einführung in die EU-Institutionen**:

Zur historischen Entwicklung der europäischen Einigung stellt er ausgewählte Verträge vor, die die fortgesetzte Übergabe von Souveränitätsrechten der Nationalstaaten an europäische Institutionen regeln. Im Zuge der europäischen Integration werden diese Institutionen kontinuierlich ausgebaut. Es entsteht ein historisches Novum, das weder einen Staatenbund noch einen Bundesstaat darstellt:

- 1952: Gründung der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (Montanunion) durch Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien und Luxemburg als erster Schritt der Zusammenführung der Wirtschaften zentraler europäischer Staaten, zunächst in den Schlüsselindustrien Kohle und Stahl.
- 1957: Die 6 Montanunion-Staaten unterzeichnen die *Römischen Verträge* über die Gründung der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) und der *Europäischen Atomgemeinschaft* (EURATOM).
- 1992: Unterzeichnung des Vertrages über die *Europäische Union* in Maastricht von mittlerweile 15 Staaten. Neu im *Vertrag von Maastricht* ist die sog. „Zweite Säule“, d.h. die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) einschließlich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), und die sog. „Dritte Säule“, d.h. Ansätze zu einer Abstimmung in den Bereichen der Justiz- und Innenpolitik.
- Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs von nunmehr 25 Mitgliedstaaten der EU trifft sich am 29.10.2004 in Rom zur feierlichen Unterzeichnung des *Vertrags über eine Verfassung für Europa* (noch nicht ratifiziert).

Die unterschiedlichen Interessen der Gemeinschaft, der einzelnen Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlamentes als der parlamentarischen Vertretung der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten spiegeln sich in den Verträgen der Organe wider. Insgesamt hat die EU zur Zeit ca. 24.000 Mitarbeitende.

- Europäische Kommission (Art. III-347 bis 352 Verfassungsvertrag): Vertretung der Gemeinschaftsinteressen als Verwaltungsorgan, Motor der europäischen Integration und "Hüterin der Verträge" mit ca. 15.500 Mitarbeitenden. Im Bereich der zivilen Krisenprävention hat ein Stab von ca. 10 Personen die Aufgaben vor allem langfristiger Planung und Krisenprävention.
- Ministerrat der Europäischen Union (Art. III-342 bis III-346 Verfassungsvertrag): Entscheidung über Verordnungen und Richtlinien der EU durch die Fachminister der Regierungen. Halbjährliche Rotation der Präsidentschaft. Einfluss nationaler Interessen auf die Entscheidungen. Der Ministerrat hat ca. 2.300 Mitarbeitende. Im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung hat ein Stab von max. 12 Personen Aufgaben vor allem im kurzfristigen Krisenmanagement und in der operativen Umsetzung von Missionen.
- Europäischer Rat (Art. III-341 Verfassungsvertrag): Höchste Instanz der EU, Mitglieder sind die Staats- und Regierungschefs, mindestens zwei jährliche Gipfeltreffen, Entscheidung über grundsätzliche Fragen, wie z.B. über die allgemeinen Leitlinien der Außen- und Sicherheitspolitik. Zugeordnet ist seit Maastricht ein Generalsekretär, der zugleich Hoher Kommissar für Außen- und Sicherheitspolitik ist (Javier Solana). Der im Verfassungsvertrag als Weiterentwicklung vorgesehene Außenminister der Union vertritt künftig die Union in den Bereichen der GASP (Art. III-296 Verfassungsvertrag) und arbeitet mit der Kommission zusammen.
- Europäisches Parlament (Art. III-330 – 340 Verfassungsvertrag): Parlamentarische Rechte u.a. zur Gesetzgebung mit dem Rat, zu Haushalt und Besetzung der Kommission. Es hat ca. 3.800 Mitarbeitende. Das Europäische Parlament kann den Ministerrat und den Europäischen Rat anhören und mögliche Misstrauensanträge gegen die Kommission stellen. Diskutiert wird die mangelhafte Kontrollfunktion des Parlaments.

2. Informationen von Martina Weitsch, **Quaker Council for European Affairs (QCEA)**:

Vorstellung der Quäker. Die Quäker bezeichnen sich als eine undogmatische religiöse Bewegung mit fünf Zeugnissen, die in ihrer Lebensweise zum Ausdruck kommen: Wahrheit, Gleichwertigkeit, Frieden, Einfachheit und Gemeinschaft. Seit 1979 ist der *Quaker Council for European Affairs* in Brüssel tätig, um EU-Politikern eigene Ansichten näherzubringen und die Quäker-Öffentlichkeit über europäische Angelegenheiten zu informieren. Arbeitsbereiche sind u.a. wirtschaftliche Gerechtigkeit, Menschenrechte und Frieden. Die Quäker geben den monatlichen Newsletter "Around Europe" heraus, den es seit 2003 auch auf deutsch gibt.

Thema Frieden: Martina Weitsch nimmt zu folgenden Themen aufgrund der Arbeit von QCEA und des *European Peacebuilding Liaison Office* (EPLO) Stellung:

- Zivile Konfliktbearbeitung und Krisenmanagement: Art. I-41 des Verfassungsvertrags (mit Rüstungsagentur) ist ein negativer Aspekt der Verfassung, entstanden aus dem Gefühl der Schwäche im Jugoslawienkrieg gegenüber den USA. Durch Rüstung soll die EU gestärkt werden. Das aber ist der falsche Weg. Frieden ist besser erreichbar durch den Ausbau nichtmilitärischer Mittel. Die Europäische Rüstungsagentur ist schon gegründet, obwohl die Verfassung noch nicht in Kraft ist. M. Weitsch ist trotzdem Befürworterin des Verfassungsvertrages, weil eine Ablehnung die Verhältnisse nicht verändert.
- Militarisierung der EU: Im Jahr 1999 beschließt der Rat auf dem Kölner Gipfel den Ausbau der militärischen Kapazität der EU unabhängig von der NATO. Im Dezember desselben Jahres beschließt der Rat in Helsinki die *Rapid Reaction Forces* der EU (50-60.000 Soldaten in 30 Tagen). Im Jahr 2001 wird beim Gipfel in Laeken die Gründung des Militärausschusses beschlossen. Gegenwärtig sind 150 Personen im Rat mit militärischer Planung beschäftigt, dagegen nur 15 mit zivilen Instrumenten.

- EPLO: Nötig ist Druck zur Entwicklung ziviler Instrumente. Dazu ist das *European Peacebuilding Liaison Office* geschaffen worden. Es ist ein Netzwerk von 17 europäischen NGOs. EPLO hat als Zusammenschluss mehr Möglichkeiten für einen effektiven Dialog mit dem Rat und der Kommission sowie mit Parlamentariern des Europäischen Parlaments (EP). Das EP hat wenig Einfluss auf die GASP. Deshalb müssen NGOs in den Mitgliedstaaten Lobbyarbeit machen. EPLO hat den Entwurf des *Action Plan for Civilian Aspects* zur zivilen Sicherheitspolitik der EU der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) analysiert und beim *Committee for Civilian Aspects of Crisis Management* (CIVCOM) eingebracht. Es gibt mehr Chancen für einen Dialog mit NGOs.
- M. Weitsch interpretiert die Formulierung in der *European Security Strategy* (ESS) zur “*preventive*” Anwendung von Gewalt (zuerst stand dort “*preemptive*” wie in der *US-National Security Strategy* NSS): ESS ist die Antwort auf die NSS der USA. Der militärische Teil der ESS wird gegenüber dem zivilen eindeutig bevorzugt. Der nichtmilitärische Teil muss gestärkt werden. Die Formulierung im Verfassungsvertrag ist ein Kompromiss mit Blick auf die Positionen Großbritanniens und der USA. Es gibt keine klare Meinung der EU und kaum Diskussionen zu diesem Thema. Die EU weiß nicht, wie sie mit präventiver militärischer Gewalt völkerrechtlich umgehen soll.
- Reaktion der EU auf Terrorismus: QCEA und EPLO setzen sich für eine nichtmilitärische Reaktion der EU auf Terrorismus ein.
- QCEA führt das Sekretariat der *Intergroup for Peace Initiatives*, bestehend aus Parlamentariern mehrerer Fraktionen des EP. Die *Intergroup* wurde von Carolin Lucas von den englischen Grünen und Tobias Pflüger (PDS) gegründet. Die *Intergroup* kann Experten von außen an der parlamentarischen Diskussion beteiligen.

Protokoll-Teil: Ulrich Frey

19 – 21 Uhr: Empfang im Europa-Büro der Heinrich Böll Stiftung Gespräch mit dem Leiter Claude Weinber

Die Besuchsreise wurde maßgeblich mit vorbereitet und betreut durch die Mitarbeiter/innen der Heinrich Böll Stiftung, Inge Nalbach (bis Dezember) und Philippe Sufryd (im Januar). Wir bedanken uns ganz herzlich dafür!

Priska Palacios (Moderation) stellt kurz die Plattform und die Reisegruppe vor. Anschließend erläutert uns der Leiter des Büros, Claude Weinber, die Arbeit der Böll Stiftung in Brüssel. Er arbeitet seit dem 11. September 2001 dort; vorher war er lange Jahre bei der HBS in Israel tätig. Sein Fachgebiet ist die Außen- und Sicherheitspolitik mit Schwerpunkt Nahost.

Die Heinrich Böll Stiftung in Brüssel verfügt über ein Jahresbudget von rund 750.000 Euro. Das Team besteht aus 3 bis 4 festen MitarbeiterInnen und einem Volontär. Derzeit sind die vollen Stellen aufgeteilt in: eine Person im Bereich Buchhaltung, eine Person im Bereich Sicherheitspolitik und Transatlantische Beziehungen, eine Stelle für den Bereich Nord-Süd-Arbeit sowie Kontakte zu den verschiedenen Länderbüros und die Büroleitung, die vor allem für die Absprachen mit Berlin, repräsentative Aufgaben und die Gesamtkoordination zuständig ist.

Das Stiftungsbüro in Brüssel hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit den anderen Büros der HBS (u.a. Warschau, Istanbul, Sarajevo, Tbilisi, Moskau) Denkanstöße aus diesen Ländern aufzunehmen und in die Diskussionen in Brüssel und Berlin einzubringen. Dabei gilt es, die deutschen Interessen zu vertreten und demokratische Institutionen und Ansätze zu fördern. Gleichzeitig muss die Arbeit immer auch mit Berlin abgestimmt sein und darf der dortigen Arbeit nicht widersprechen.

Im Bereich der Lobbyarbeit agieren neben der HBS noch rund weitere 20.000 Lobbyisten in Brüssel, die versuchen, auf die Arbeit der verschiedenen EU Gremien Einfluss zu nehmen.

Die Arbeit wird von der Zentrale in Berlin unterstützt. Dabei ist die Außen- und Sicherheitspolitik direkt dem Vorstand Ralf Fücks zugeordnet.

Laut Claude Weinber ist ein großes Problem der Außen- und Sicherheitspolitik der EU das hohe Maß an Bürokratie. Der EU mangelt es nicht an Fachwissen, sondern an Koordination. Der Bereich Außen- und Sicherheitspolitik hat eine Vielzahl von Zuständigkeiten. Die EU macht immer einen schwierigen Spagat zwischen einer möglichst großen Kompetenzbündelung und den unterschiedlichen nationalen Interessen, die in Brüssel vertreten sind und beachtet werden müssen.

Im Anschluss an die Kurzvorstellung gab es die Möglichkeit zu einem offenen Gespräch. Einige Punkte waren:

- Militärische Einsätze: Claude Weinber lehnt einen militärischen Einsatz in Konfliktregionen nicht grundsätzlich ab. Ein militärischer Einsatz kann in bestimmten Situationen notwendig sein.
- HBS in Afghanistan: Die HBS ist derzeit nicht direkt in Afghanistan aktiv. Das Auslandsbüro in Lahore (Pakistan) unterstützt allerdings Projekte in Afghanistan. Dabei stehen dem Büro nur sehr wenig Mittel zu Verfügung. U.a. wird ein publizistisches Frauenprojekt in Afghanistan mit Mitteln der HBS gefördert.
- Die EU in Nahost: Grundsätzlich ist die Rolle der EU im Nahostkonflikt relativ schwierig, da die palästinensischen Gruppen die EU zwar ernst nehmen, Israel dem Engagement der EU allerdings eher kritisch gegenüber steht. Dadurch, dass die EU für einen Teil der Konfliktakteure nicht akzeptabel ist, hat sie eine schwierige Position als Vermittlerin. Zentral ist dabei das Problem der Glaubwürdigkeit.
- Instrumente der Lobbyarbeit: Im Bereich der Lobbyarbeit sind die Publikationen der HBS und die informellen Gespräche die wichtigsten Möglichkeiten, um auf die EU-Politik im Sinne der HBS Einfluss zu nehmen. Die in Brüssel ansässigen NGOs agieren als Lobbyisten, die sich vorrangig an eigenen Interessen orientieren und sehr solitär arbeiten. Kooperationen entstehen am ehesten noch entlang nationaler Interessenslinien.
- HBS zwischen Lobbygruppe und Parteiorganisation: Ziel der HBS ist es, eine Mittlerfunktion zwischen Nichtregierungsorganisationen und politischen Lobbygruppen einzunehmen. Dabei tritt die HBS mal mehr als NGO und mal mehr als Partei bzw. parteinahe Organisation auf.
- Zustand und Einfluss der europäischen Zivilgesellschaft: Eine homogene Zivilgesellschaft ist derzeit nicht zu erkennen. Im Gegenteil ist das zivilgesellschaftliche Engagement, von wenigen Ausnahmen wie dem Engagement gegen den Irak-Krieg abgesehen, stark von nationalen Unterschieden und Interessen geprägt.
- Verfassungsvertrag: Ob der Vertrag ratifiziert wird oder nicht, hängt stark von England ab. Tony Blair hat ein hochriskantes Referendum angekündigt. Blair ist derzeit politisch schwach, allerdings ist die Opposition noch schwächer. Claude Weinber hofft aber auf eine Ratifizierung.
- *European Civil Peace Corps*: Parlament und Kommission befürworten die Einrichtung eines professionellen ECPC (nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Freiwilligendienst für junge Erwachsene). Die Ausgestaltung ist noch offen, eine Entscheidung hängt vom Ministerrat ab.

Protokoll-Teil: Steffen Emrich

Dienstag, 18. Januar 2005

9.15 bis 11.15 Uhr: Stadtführung

Herr Leo Terhalle führte die Gruppe durch das Europa-Viertel. Ursprünglich um 1900 als bürgerliches Viertel entstanden, zur „Gründerzeit“ gebaut als Ausdruck damaligen belgischen Reichtums,

nicht zuletzt aus Kolonialbesitz (der Kongo war Privateigentum des Königs). Einige alte Straßenzüge wurden durch Bürgerinitiativen der Anwohner vor dem Abriss bewahrt. Das Viertel bietet jetzt mit seinem krassen Nebeneinander von EU-Glaspalästen, alten Bürgerhaus-Zellen, einzelnen kostbaren Jugendstil-Villen, Repräsentationsbauten des 19. Jhd. (darunter einer zum Büro-Gebäude umgebauten neugotischen Kirche) ein symbolträchtiges Spiegelbild der inneren Verfassung der EU. – Mittendrin: Die Landesvertretung von Bayern.

12 bis 14 Uhr: Gespräch im Europäisches Parlament Begegnung mit Vertretern europäischer NGOs unter der Schirmherrschaft von Frau Angelika Beer, MdEP, GRÜNE

Als Gäste nehmen u.a. teil:

Martina Weitsch, QCEA

Dr. Nicolas Beger, EPLO

Alessandro Rossi, Nonviolent Peaceforce (NP)

Sven Biscop, Royal Institute for International Relations, Belgium

Barbara Monty Cano, Heinrich Boell-Foundation

Patricia Jimenez, Heinrich Boell-Foundation

Philipe Sufryd, Heinrich Boell-Foundation

Steve Utterwulghe, Search for Common Ground

Lina Frödin, Peace Team Forum, Schweden

Jan Ruysenaars, Novib-Oxfam Netherlands

Ben Reichert, NP

Ernest Guelcher, Fraktions-Mitarbeiter der europäischen GRÜNEN Fraktion

Moderation dieses und aller folgenden Gespräche: *Tilman Evers*

Nach einem Imbiss begrüßt Frau Angelika Beer die Anwesenden. Es folgt eine Vorstellungsrunde.

Botschafter Ortwin Hennig, Beauftragter des Auswärtigen Amts für zivile Konfliktbearbeitung, stellt den im Mai 2004 veröffentlichten *Action Plan on Civilian Crisis Prevention, Conflict Resolution and Post-Conflict Peace-Building* (englische Version) vor. Er hat drei wesentliche Schwerpunkte: 1) Eine neue, integrale Sicht von Konfliktbearbeitung, 2) eine dementsprechende neue Infrastruktur unter Einbezug aller betroffenen Ministerien sowie der nichtstaatlichen Akteure, 3) 161 konkrete Aktions-Punkte.

Im Anschluss daran stellte Herr Rainer Nolte, Leiter des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa), das Projekt ifa-zivik vor, dem im Zuge dieses Aktionsplans eine wichtige Rolle bei der Vermittlung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zukommt: Es leitet Fördergelder des Auswärtigen Amtes für zivilgesellschaftliche Initiativen weiter, leistet dazu technische Unterstützung, und dient als Plattform des Dialogs zwischen NGOs und der Bundesregierung. Im Jahr 2005 soll der Dialog über die Umsetzung des Aktionsplans weiter ausgebaut werden, den die Projektleiterin von ifa-zivik, Heide Simon, organisiert.

Anschließend stellt Ulrich Frey die Broschüre „Frieden braucht Gesellschaft“ der deutschen Plattform Zivile Konfliktbearbeitung vor, die aus einer ausführlichen Bestandaufnahme im Feld der nichtstaatlichen Akteure hervorgegangen ist. Angelika Spelten schließt an mit einem Bericht über die Arbeitsgruppe FriEnt als ein Beispiel gelungener Kooperation zwischen der Regierung mit Mitgliedseinrichtungen der Plattform. Tilman Evers führt das Beispiel des Zivilen Friedensdienstes an.

Angelika Beer benennt drei vordringliche Themen des EP im Bereich der Konfliktbearbeitung:

- 1) Das Bemühen um ein angemessenes Budget für den Bereich allgemeinen und des geplanten *Conflict Prevention Networks (CPN)* im Besonderen;
- 2) die erneute Diskussion um einen *European Civil Peace Corps (ECPC)*; und

- 3) die Koordinierung von militärischen mit zivilen Instrumenten im Bereich des Krisenmanagements.

Einige Themen der nachfolgenden Debatte waren:

- die strukturellen Unterschiede zwischen humanitärer Arbeit in Katastrophengebieten vs. Friedensarbeit in Konfliktgebieten;
- das Fehlen einer angemessenen Schnittstelle zwischen NGOs und den EU-Institutionen im Bereich der Konfliktbearbeitung;
- die Rolle des EP bei den jüngsten Ereignissen in der Ukraine;
- dass der institutionelle Rahmen für zivile Konfliktbearbeitung noch immer in den Kinderschuhen steckt;
- die Spannung zwischen militärischen und zivilen Akteuren, derzeit beispielsweise anlässlich der Hilfs-Aktionen in der Aceh-Region nach dem Tsunami;
- dass die EU eher kurzfristig denkt und operiert, und dass die Regierungen der Mitgliedsländer vorwiegend in militärischen Handlungsoptionen denken;
- die *Human Security Doctrine* von September 2004;
- die Notwendigkeit eines nicht-militärischen Ansatzes - für den die Zeit allerdings noch nicht gekommen zu sein scheint;
- die Diskussion einer Berichtsentwurfs von Helmut Kuhne, MdEP, im EP zur Europäischen Sicherheitsstrategie, der diese fast uneingeschränkt bejaht (<http://helmut-kuhne.de/bruessel>).

Protokoll-Teil: Burkhard Luber

14.30 – 16.00 Uhr: Gespräch im Generalsekretariat des Rats DG E IX – Ziviles Krisenmanagement, Head of EU Police Unit: Mr. Stefan Feller

Polizeidirektor Stefan Feller wird zu Beginn des Gespräches die Bestandsaufnahme der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung „Frieden braucht Gesellschaft“ überreicht. Er meint, dass seine im Kosovo gemachten praktischen Erfahrungen den Ausdruck, dass Frieden Gesellschaft braucht, unterstützen.

Herr Feller beginnt seinen Vortrag mit der Feststellung, dass sich die Zivile Krisen- und Konfliktbewältigung der EU im Kosovo-Krieg hätte bewähren müssen. Unbefriedigend war, dass die zivile Konfliktbearbeitung ohne Abstimmung mit dem Militär geschehen musste. Unter ziviler Konfliktbearbeitung meint Herr Feller in erster Linie Polizeieinsätze.

In den beiden anderen Bereichen des Zivilen Krisenmanagements – Justiz und Strafvollzug – steht die EU erst am Anfang der Erfahrungen.

Erste Instrumente des Zivilen Krisenmanagement wurden 2003 geschaffen. Vorher war die Aufgabe, einen Polizeistab zu schaffen und für eine Konsolidierung der Grundlagen zu sorgen.

Nach Einschätzung von Herrn Feller ist in Mazedonien die Konfliktbegrenzung gelungen. Von einer NATO-Mission ging sie in eine EU-Mission über, um dann in eine Polizeimission zu münden, die Ende 2005 zu Ende gehen soll. Hier gelang das Zusammenspiel von militärischen und polizeilichen Kräften, dem sich eine juristische Mission anschließen soll. Dies kann ein Beispiel für eine effiziente Krisenbewältigung sein, weil frühzeitig auf die Krise reagiert wurde.

Die Vorbereitung der Einsatzkräfte geschieht lange vor der Mission durch eine Polizei-Führungsakademie.

Welche Schwierigkeiten treten beim Zivilen Krisenmanagement der Polizei auf?

- Kosovo: relativ stabiles Krisengebiet, jedoch am Wochenende nicht, weil da die Polizei die organisierte Kriminalität nicht bekämpft.

- Ziel der Polizeiausbildung durch die EU ist es, die Polizei im Kosovo in die europäischen Polizeistandards zu integrieren.
- Georgien: Dort geht es vorrangig um die Förderung der Zusammenarbeit von Polizei und Gerichten und den anderen Organen der Rechtspflege.
- Afghanistan: Der fehlende Aufbau der Justiz birgt die Gefahr eines Polizeistaates.
- Palästina: Ein EU *Police Adviser* unterstützt den *Special Representative* der EU.
- Irak: Die dringend notwendigen Einsätze dort werden z.Zt. vorbereitet. Sobald eine demokratisch gewählte Regierung im Amt ist, werden die zivilen Kriseneinsatzkräfte der EU tätig. Zwei vorrangige Aufgaben sind die EU-Aufbauhilfe gegen Kriminalität und Terror sowie Schutz und Ausbildung irakischer Polizisten (von 70.000 Polizisten wurden 1.300 getötet).
- Kongo: ein Polizeieinsatz wird vorbereitet. Ziel ist die Ausbildung einer 1.000 Mann starken Polizeieinheit aus Afrikanern aller Konfliktparteien.
- Sudan: Die EU unterstützt den Militär- und Polizeieinsatz der Afrikanischen Union (AU).
- Somalia: Militär- und Polizeimaßnahmen werden unterstützt.
- Moldawien: Der Verlauf in Mazedonien ist ein Beispiel für eine Krisenbewältigung ohne Militär, wenn sofort mit der Ausbildung von Polizei- und Grenzpolizeikräften begonnen wird.

Im Anschluss an das Referat von Herrn Feller erläutert Botschafter Hennig den Aktionsplan der Bundesregierung.

In der anschließenden Diskussion antwortet Herr Feller auf Fragen:

- Die EU hat aus dem Kosovo gelernt, dass militärische und zivile (polizeiliche) Kräfte früh zusammen arbeiten müssen. Erschwernisse entstehen durch politische Differenzen in der EU, weil institutionalisierte Lernprozesse langwierig sind.
- Die EU arbeitet zwar gut mit UN, AU, OSZE usw. zusammen, aber ohne erfolgreiche Institutionalisierung fehlt die Effizienz.
- In manchen Konfliktregionen läuft ohne NGOs nichts. Eine bessere Koordination ist jedoch notwendig, damit angemessene Lösungen für die unterschiedlichen Krisenfälle gefunden werden können.
- Die nationale Ausbildung von Polizisten für den Auslandseinsatz muss noch umfassender, praktischer und leistungsorientierter geschehen; eine Betreuung während des Einsatzes und eine Nachbetreuung erscheinen wichtig. Dabei sollen strategische Hauptquartiere mit hoch entwickelter Denk- und Handlungskompetenz entstehen, die frühzeitig Kontakt mit den örtlichen Kräften aufnehmen können.
- Die EU legt einen Schwerpunkt auf die fachinhaltliche Abstimmung zwischen den EU-Ländern. Es sollen Netzwerke entstehen, die überall ein hohes Polizeiniveau garantieren sollen. Hohe Standards sind in allen EU-Ländern vorhanden, sie müssen noch vereinheitlicht werden.
- Die Ressourcen in der *EU Police Unit* müssten aufgestockt werden, weil sonst die Gefahr besteht, dass die hochgesteckten Ziele eines Zivilen Konfliktmanagements nicht erreicht werden. Derzeit besteht die *Police Unit* aus ca. 10 Beamten, von denen ca. die Hälfte dem Rat unentgeltlich von einzelnen Mitgliedsländern „ausgeliehen“ werden. Dieser minimale Stab ist zuständig für politisch-konzeptionelle sowie praktisch-administrative Planung, Öffentlichkeitsarbeit, Rekrutierung und Ausbildung – und obendrein die Leitung der laufenden EU-Polizeimissionen mit hunderten von Beamten! Hier bedarf es intensiver Verhandlungen mit den 25 nationalen Regierungen.

Protokoll-Teil: Bernhard Nolz

16.30 – 18.00 Uhr: Gespräch in der Kommission

DG External Relations Unit 4: Conflict prevention, crisis management and ACP countries: Javier Nino Perez, Administrator, begleitet von: Andreas Fischer Barnicol, Administrator ACP Political Issues, sowie als Gast aus dem Rat: General Secretariat, Policy Unit: György Tatar, Head of Task Force "Horizontal Security Issues"

Botschafter Ortwin Hennig führt in das Gespräch ein und stellt den Aktionsplan "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" der deutschen Regierung vor.

Anschließend übernimmt Herr Fischer Barnicol das Wort, da er das Gespräch früher verlassen musste. Auf EU-Ebene ist *early warning – early action* ein Problem, bei dem sich für ihn die Frage stellt, wie dieser Ebene eine neue Qualität verliehen werden kann. Es sind zwar zivile Korps für Auslandseinsätze vorgesehen, aber in Brüssel geht es auch immer um Geld und um finanzielle Gesichtspunkte, so dass nicht vorhersehbar ist, wie sich diese Diskussion weiter entwickelt. Schwerpunktthema von Herrn Fischer Barnicol sind schwelende, offene Krisen in Afrika, weniger ist es die Konfliktprävention.

Im Bereich Krisenprävention ist weniger ein großes Design nötig, sondern viele kleine, praktische Schritte, um eine andere Politik zu verfolgen. Europäische Vorstellungen und Verhältnisse können nicht ohne weiteres auf andere Staaten und Regionen übertragen werden. Auch das Verhältnis zwischen der Zivilgesellschaft und staatlichen Institutionen gestaltet sich in Afrika anders als in Europa. Angesichts dessen steht man zum Beispiel bei den Wahlen in Simbabwe vor der Frage, ob die EU als Mittel der Konfliktpolitik auf Sanktionen bestehen soll.

Auf Kommissionsseite wurde in den letzten zwei Jahren durch Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für Rekonstruktionsphasen nach Krisen und afrikanischen Kriseneinsätzen unter der Ägide der Afrikanischen Union viel getan. Es gibt die Erkenntnis, dass Entwicklungs- und Friedensarbeit untrennbar sind.

Aus der Diskussion:

- Wie sind die Kommunikationsstrukturen im Bereich Krisenprävention auf EU-Ebene und wie kann die Zivilgesellschaft ihren Beitrag leisten? Gibt es institutionelle Dialoge zwischen der Zivilgesellschaft und EU-Institutionen? NGOs können viele Informationen zur Verfügung stellen, jedoch stellt sich die Frage, ob dies die Kommission nicht überfrachten würde.
Antwort Herr Fischer Barnicol: NGOs spielen eine sehr wichtige Rolle. Z.B. brachte Human Rights Watch bereits 2002 Darfur auf die Agenda. NGOs haben definitiv die Aufgabe zu versuchen, politische Akteure zu beeinflussen. Er selbst versucht, so viele Informationen wie möglich von NGOs zu lesen. Da er aus dem Auswärtigen Amt kommt und in Afrika gearbeitet hat, weiß er, dass es manchmal schwierig ist, afrikanische Themen auf die Tagesordnung zu bringen. Es ist daher wichtig, nicht nur europäischen Organisationen Gehör zu schenken, sondern auch die Sicht afrikanischer NGOs zu respektieren. Politisch gesehen sind NGOs willkommen.

Herr Nino Perez erklärt zum *DG External Relations Unit 4*, dass man hier mit Initiativen der Diplomatie und der Entwicklungszusammenarbeit zur Konfliktprävention arbeitet. Für die Krisenprävention wird ein neues Rahmengerüst (*framework*) erarbeitet, welches zwei Schlüsselpunkte beinhaltet:

1. Die politische Kultur muss von der Reaktion zur Prävention verändert werden.
2. Bezüglich der hauptsächlichsten Bedrohungen für die Sicherheit (wie Armut, Diskriminierung, etc.) muss die Kommission langfristige strukturelle Instrumente erarbeiten.

Die *DG External Relations* ist nur eine kleine Institution; fünf bis sechs Personen arbeiten zu Krisenthemen allgemein, dazu drei Personen zu Afrika und zwei Personen zu Konfliktprävention.

In den letzten drei bis vier Jahren arbeitete die *Unit* vor allem zu:

1. *Early Action – Early Intervention*, indem sie eine sog. *Watch List* von Konfliktstaaten ausarbeitete;
2. dem Mainstreamen der Konfliktprävention, um diese stärker in den Vordergrund zu rücken.

Einige der Herausforderungen, vor denen *Unit 4* steht, sind

- a) Sicherheitsfragen und wie man sich mit anderen Partnern (wie Weltbank, Zivilgesellschaft und regionalen Institutionen) vernetzen kann. Es ist wichtig, die Bereiche Militär, Umwelt, Menschenrechte etc. zu verknüpfen.
- b) die Mobilisierung von Politikern, d.h. wie man sie zu einer Reaktion bringen kann. Hier können NGOs von großer Hilfe sein. Wichtig ist, den Kosten-Nutzen-Aspekt deutlich herauszuarbeiten und den Politikern sichtbar zu machen. Herr Nino Perez glaubt, dass die Schaffung einer gemeinsamen EU-Agenda in Krisenprävention möglich ist, dass es jedoch noch Jahre dauern wird, bis man sich besser koordiniert und ein Qualitätsniveau erreicht hat, wie es z.B. bei der Humanitären Hilfe existiert.

Seit 2001 ist das *Crisis Prevention Network* (CPN) wieder in die offizielle Kommissionspolitik eingegliedert, das zuvor 1999 - 2001 von der *Stiftung Wissenschaft und Politik* geleitet wurde. Nun ist eine Neukonzipierung dieses Feldes wissenschaftlicher Expertise und Beratung geplant (s.u.). Der deutsche Aktionsplan ist eine wichtige Hilfestellung, um das Thema zivile Konfliktprävention auf EU-Ebene zu befördern. Herr Nino Perez als Vertreter der Kommission kann sich darauf berufen, dass die deutsche Regierung einen Aktionsplan verabschiedet hat, der konkrete Handlungsschritte vorsieht.

Aus der Diskussion:

- Wie interagiert *Unit 4* mit den lokalen Vertretungen der EU?
Antwort Herr Nino Perez: Die wirkliche Herausforderung ist die Koordination an der Basis. Dafür soll die Beurteilung und Abwicklung von Projekten so weit als möglich auf die lokalen EU-Delegationen verlagert werden, die den unmittelbaren Kontakt zu den zivilgesellschaftlichen Gruppierungen in ihren jeweiligen Ländern haben.
- Das erste CPN war nicht sehr erfolgreich. Wieso besteht die Hoffnung, dass ein Neubeginn besser verlaufen kann?
Antwort Herr Nino Perez: Das erste CPN war mit unterschiedlichen akademischen und praktischen Sichtweisen konfrontiert. Die neue Version des CPN ist ein Netzwerk von Gruppen, die verschiedene Sichtweisen, Aspekte und Erfahrungen zusammenbringen.
- Wenn vom Kosten-Nutzen-Aspekt gesprochen wird, was ist damit gemeint?
Antwort Herr Nino Perez: Hier muss ganz praktisch gedacht werden: Erstens ist Prävention billiger als Reaktion und zweitens wird es menschliche Verluste auf Seiten der Europäer geben, wenn das Militär involviert ist.
- Es sind Differenzen zwischen der Kommission, dem Rat und dem Parlament sichtbar. Gibt es eine Kooperation in laufenden Missionen? Schließlich sollten doch kurz- und langfristige Aspekte in einer Mission zusammenlaufen.
Antwort Herr Tatar: Eine Zusammenarbeit hängt in allen Bereichen von den beteiligten Menschen ab. Es gibt keine Regeln, ob und wie in der Krisenprävention zu kooperieren ist. Institutionen ergänzen einander. Im Rat haben wir es mit Mitgliedsstaaten zu tun. Die Delegationen müssen gedrängt werden, sich für die Krisenprävention auszusprechen und aktiv zu werden. Dies ist aber auch eine Aufgabe für die Zivilgesellschaft. Wir müssen die Mitgliedsstaaten darin unterstützen, ihre Kooperation, ihre Zustimmung und ihre Ressourcen zur Verfügung zu stellen. (Anmerkung: Die bloße Tatsache, dass Herr Tatar als Mitarbeiter des Rats an dieser Besprechung in der Kommission teilnahm, ist bereits ein Hinweis auf Bemühungen um verstärkte Kooperation; d.Prot.).
- Welche Kriterien gibt es bezüglich der *Watch List*? Es wäre hilfreich, hier eine gemeinsame Grundlage zwischen EU, NGOs, der Wissenschaft und Mitgliedsstaaten zu haben.
Antwort Herr Nino Perez: Das Hauptziel der *Watch List* ist es, die Mitgliedsstaaten darüber zu informieren, wo es eine Krise geben wird. Es gibt aber zwei bedeutende Probleme: Zum einen war die Liste auf unmittelbare Krisenstaaten (wie Irak oder Afghanistan) fokussiert, hat inzwischen aber ihren Fokus erweitert. Zum anderen müssen wir Politiker mobilisieren, um weiter-

hin besser mit lokalen und regionalen Politikern oder NGOs zu interagieren. Aus diesem Grund sind informelle Diskussionen (wie mit EPLO) sehr wichtig.

Antwort Herr Tatar: Die *Watch List* ist eine sehr sensible Angelegenheit. Wenn wir zu oft darüber sprechen, werden alle Staaten nachfragen, ob sie auf der Liste stehen. Und wenn sie Einwände haben, müssen wir dies berücksichtigen. Es darf nicht vergessen werden, dass man andere Staaten nicht mit dem Zeigefinger darauf hinweisen kann, wie sie Konflikte lösen sollen. Es müssen andere Dialog- und Kommunikationsformen gefunden werden, in denen vermittelt wird, welches die europäische Interessenslage ist. NGOs sollten eine wichtige Rolle nicht nur bei der Erstellung von Dokumenten zur Krisenprävention ausüben. NGOs sollten die Politiker ihrer eigenen Staaten mehr informieren und diese Möglichkeit nutzen, um den Bereich der zivilen Konfliktprävention stärker zu verankern. Wir müssen in diesem Feld künftig auch enger mit der UNO und der OECD zusammenarbeiten.

- Wie werden die Informationen von NGOs praktisch umgesetzt?

Antwort Herr Nino Perez: Im Sinne der Antizipation einer Krise liegen uns ausreichend Informationen vor. Das Problem ist jedoch, dass wir 25 verschiedene Sichtweisen von Krisenprävention, Entwicklungshilfe etc. haben.

- Es scheint eine große Bereitschaft zu geben, sich für *early warning*, aber nicht für *early action* einzusetzen. Gibt es eine rhetorische Kluft zwischen dem, was die EU nach außen verkaufen möchte und dem, was sie willens oder in der Lage ist zu tun?

Antwort Herr Nino Perez: Hier klafft eine riesige Lücke. Die Kommission ist sich dessen sehr bewusst. Meine einigermaßen optimistische Sicht ist, dass die Kluft nicht zu groß wird.

Antwort Herr Tatar: Die Staaten denken, dass sie genug unternommen haben. Mitgliedsstaaten nähern sich dem Problem nicht aus dem Blickwinkel der Krisenprävention, sondern stellen sich die Frage, wie sie mit entstandenen Problemen umgehen können.

Protokoll-Teil: Priska Palacios und Uwe Trittmann

Mittwoch, 19. Januar 2005

9.15 - 11.15 Uhr: Gespräch mit Brüsseler Friedens INGOs im Büro von Search for Common Ground

Beteiligte:

Search for Common Ground (SFCG): Steve Utterwulghé, Executive Director European Headquarters

EPLO: Dr. Nicolas Beger, Head of Office

Nonviolent Peaceforce (NP): Alessandro Rossi, European Development Officer

Alle drei Brüsseler Organisationen/Netzwerkbüros stellen ihre Arbeit vor. *Search for Common Ground* arbeitet zur Zeit in 13 Ländern weltweit. In offenen Konflikten ist SFCG nicht tätig. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Arbeit mit Medien sowie mit Jugendlichen und Frauen. In den Nachfragen wurden vor allem die Kriterien für die Auswahl neuer Projekte/Projektländer diskutiert. Die politische Lobbyarbeit gegenüber der EU und der UN wird hauptsächlich über EPLO und das *Network of Democratisation and Human Rights NGOs* betrieben.

Nicolas Beger führt das EPLO-Büro erst seit wenigen Tagen. Hauptkriterium für EPLO-Aktivitäten ist der Mehrwert, der den Mitgliedsorganisationen durch gemeinsames Handeln entsteht. Hauptaufgaben von EPLO sind die Informationsarbeit, Lobbyarbeit auf der Ebene der EU-Institutionen und Vernetzung mit den Mitgliedsorganisationen. Es gibt u.a. eine Arbeitsgruppe zu *Civilian Interventions for Sustainable Peace* (Politisches Lobbying) und eine zu Finanzierungsmöglichkeiten.

EPLO hat zwar an der Dubliner Konferenz (European Action Agenda) teilgenommen, hat aber keine Rolle im Prozess der *Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict* (GPPAC).

Dies lag nicht nur an der mangelnden Transparenz des Prozesses, sondern auch am fehlenden Auftrag der EPLO-Mitglieder.

Die *Nonviolent Peaceforce* (NP) wurde auf einer Konferenz 1999 in Den Haag gegründet und begann 2003 mit einem ersten Pilotprojekt in Sri Lanka. Mittlerweile gibt es Projekterkundungen in Uganda, auf den Philippinen, im Nahen Osten und in der Grenzregion Kolumbien/Ecuador. NP hat mittlerweile 99 Mitgliedsorganisationen aus allen Kontinenten. NP hat das Ziel, qualifiziertes Personal zu entsenden, auf allen Ebenen und Bereichen professionell zu arbeiten und eine wirkliche Internationalität zu erreichen. Im Unterschied zu SFCG arbeitet NP in Ländern mit offenen Konfliktphasen, allerdings auf lokaler Ebene, auf der die Auseinandersetzungen häufig nicht den nationalen Konfliktlinien folgen.

Für die Interaktion mit dem Rat ist der Punkt 22 des im Dezember 2004 beschlossenen *Action Plan for Civilian Aspects of ESDP* von Bedeutung: Zukünftige Ratspräsidentschaften sollen regelmäßig NGOs konsultieren. Die aktuelle Ratspräsidentschaft in Luxemburg bietet die Möglichkeit, hier Standards zu setzen, da Luxemburg als kleines Land stark die NGO-Unterstützung sucht. Am 23./24. März findet dazu eine Konferenz mit dem Thema „EU-Civil Society Dialogue on Implementing the EU Action Plan for Civilian Aspects of ESDP for Strategic Approaches to Peacebuilding“ statt. Die Konferenz wird von der Luxemburger Ratspräsidentschaft und europäischen Friedens-NGOs gemeinsam veranstaltet – eine vielversprechende Neuerung.

Im Rat steht eigentlich nicht *Conflict Prevention* (z.B. Frühwarnung und frühes Handeln) im Vordergrund, sondern eher klassisches *Crisis Management*. Es ist ein Fortschritt, dass in den *Country Policy Reports* neuerdings regelmäßig auf *Conflict Prevention* Bezug genommen wird. Qualitative Veränderungen von Programmen und Empfehlungen sind aber bisher noch nicht zu beobachten.

11.30 – 12 Uhr: Interne Nachbesprechung der Reise

Ziel der Nachbesprechung war es, erste Ideen für ein Follow-up zu sammeln und ein allgemeines Feedback auf Lerneffekte der Reise zu bekommen.

Das **Follow-up** sollte eher außerhalb der Jahrestagung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung stattfinden, evtl. könnte noch kurzfristig eine Arbeitsgruppe angeboten werden. Es wird einen Bericht an den Initiativkreis der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung geben, dort werden konkrete Schritte diskutiert. Von der Reise wird es eine Dokumentation und möglicherweise eine englische Übersetzung geben.

Diskutiert wurden die formelle Beteiligung deutscher Institutionen an EPLO und der bisherige Informationsfluss aus Brüssel, die als zu gering empfunden wurden. Eine Mitgliedschaft der Plattform bei EPLO wurde bereits vor drei Jahren diskutiert. Das Berghof-Center versteht seine Mitgliedschaft auch vertretend für die Plattform. Auch über World Vision als EPLO-Mitglied gibt es die Möglichkeit, Informationen zu erhalten. Weitere Schritte müssten zunächst im Initiativkreis diskutiert werden.

In einer allgemeinen **Feedback**-Runde wurde die Reise als politisch sehr erfolgreich und mit großem Lerneffekt für die Teilnehmenden bewertet:

Anstelle eines Fazits sollen hier einige Aussagen von Teilnehmenden genannt werden:

- „Die haben das Vokabular der Krisenprävention drauf, verstehen aber etwas anderes darunter.“
- „Die Vorteile zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Zivilen Konfliktbearbeitung sind völlig unbekannt.“

- „Sehr wenig deutsche Präsenz“, „Konzepte zu wenig bekannt“, „NGOs in Deutschland in sehr deutschem Diskurs“, „Wie bekommen wir eine dauernde angemessene Präsenz hin?“
- „Lobbyarbeit sehr schwierig, sehr informell, man dringt häufig nicht durch, andererseits aber überraschende punktuelle Erfolgserlebnisse möglich.“
- „Der Rat ist wichtig, aber wenig zugänglich; das Parlament ist zugänglich, aber wenig wichtig.“
- „Bei der Kommission muss auf den Ausbau der Personal-Kapazitäten gedrängt werden.“
- „Um etwas auf europäischer Ebene zu bewegen, ist der Weg über die nationalen Regierungen nach wie vor unumgänglich.“

Jörg Calließ weist darauf hin, dass diese gemeinsame Besuchsreise von Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und dem Auswärtigen Amt ein Ausdruck eben dieser Einsicht darstellt.

Er dankt als Sprecher des Initiativkreises Uwe Trittman, Priska Palacios und besonders Tilman Evers für die vorzügliche Vorbereitung.

Protokoll-Teil: Bodo v. Borries

Anlage 1

Abkürzungsverzeichnis

AU	Afrikanische Union
CIVCOM	Committee for Civilian Aspects of Crisis Management
CPN	Conflict Prevention Network
ECPC	European Civil Peace Corps
EP	Europäisches Parlament
EPLO	European Peacebuilding Liaison Office
ESDP	European Security and Defence Policies
ESS	European Security Strategy
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
FriEnt	Gruppe Friedenseentwicklung
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GPPAC	Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict
HBS	Heinrich Böll Stiftung
IFA	Institut für Auslandsbeziehungen
INGOs	International NGOs
NP	Nonviolent Peaceforce
NSS	National Security Strategy (der USA)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
QCEA	Quaker Council for European Affairs
SFCG	Search for Common Ground
UN	United Nations

Anlage 2



in co-operation with the German Platform for Civilian Conflict Prevention

Participants visit / expert meeting Brussels 17th/18th/19th January 2005

	Name	Profession / Representative
1	Ambassador Hennig, Ortwin	Commissioner for Civilian Crisis Prevention, Conflict Resolution and Post Conflict Peace Building, German Ministry of Foreign Affairs
2	Borries, Bodo von	Working Group "Development of Peace" FriEnt / Consortium Civil Peace Service
3	Dr. Budzinski, Manfred	Course Director Protestant Academy Bad Boll
4	Prof. Dr. Calließ, Joerg	Course Director Protestant Academy Loccum / Board German Platform for Peaceful Conflict Management
5	Emrich, Steffen	Peace Consultant "Eirene" International Christian Service for Peace
6	Frey, Ulrich	Board German Platform for Peaceful Conflict Management
7	Forberg, Ekkehard	Scientific Advisor Peace Conflict Management, World Vision Germany
8	Hegener, Ute	Speaker PRO UNCOPAC / Women's Network for Peace
9	Klussmann, Jörgen	Course Director Protestant Academy of the Rhineland
10	Dr. Luber, Burkhard	Ecumenical Service "Schalomdiakonat", Foundation "Threshold"
11	Mangold, Jochen	Trainer Civil Peace Service
12	Meyer, Carsten	Head of Unit Projects, Forum Civil Peace Service
13	Niederer, Sandra	SouthEastEurope Culture Association, Berlin
14	Nolte, Rainer	Head of Department, Institute for Foreign Exchange ifa
15	Nolz, Bernhard	Chairperson Federation for Social Defense
16	Palacios, Priska	Coordinator German Platform for Peaceful Conflict Management
17	Rieche, Bernd	Action Committee Service for Peace / Consortium Civil Peace Service
18	Schulze, Erika	Amnesty International
19	Simon, Heide	Project Director Civil Conflict Resolution ifa-ZIVIK
20	Spelten, Angelika	Working Group "Development of Peace" FriEnt / Institute for Development and Peace INEF, Duisburg University
21	Vogelei, Carolin	Project Judicial Mediation Lower Saxony / Board German Platform for Peaceful Conflict Management
22	Zediqian, Sobeir	Assistance and Development Service Afghanistan
23	Zupan, Natascha	Director Working Group "Development of Peace" FriEnt
	Coordination of Visit :	
24	Dr. Evers, Tilman	Chairperson Forum Civil Peace Service
25	Trittmann, Uwe	Course Director Protestant Academy Iserlohn / Board German Platform for Peaceful Conflict Management